

Artikel publiziert am: 07.05.2013 - 05.10 Uhr

Artikel gedruckt am: 07.05.2013 - 16.25 Uhr

Quelle: <http://www.kreiszeitung.de/lokales/oldenburg/landkreis-oldenburg/unterstuetzung-lehrer-2892695.html>

Unterstützung für Lehrer

Grossenkneten - Nicht nur die Oberschule, sondern auch die Grundschulen der Gemeinde Großenkneten benötigen eine Stelle für Schulsozialarbeit, da sind sich Politik und Lehrer in der Gemeinde einig. Trotzdem war es den Mitgliedern des Schulausschusses gestern nicht möglich, einen entsprechenden Antrag der Schulen abzunicken.



© Foto: dpa

Neben der Vermittlung von Wissen müssen auch Lehrer an Grundschulen immer mehr Sozialarbeit leisten. ·

Die Schulsozialarbeit falle in den Zuständigkeitsbereich der Landesregierung, hieß es zur Begründung. Alle Fraktionen betonten jedoch, dass sie den Antrag der Schulen prinzipiell unterstützten.

Auf Initiative der CDU/FDP-Gruppe votierte der Ausschuss anschließend dafür, beim Land Niedersachsen eine entsprechende Stelle einzufordern. Wer konkret den Antrag stellt, ob nun Verwaltung, die Schulen, oder beide zusammen, soll in einem Gespräch noch geklärt werden.

„Wir schließen uns den Ausführungen der Grundschulen an“, erklärte Astrid Grotelüsch (CDU). „Im heutigen Schulalltag muss der pädagogischen Begleitung der Schüler neben der eigentlichen Vermittlung von Wissen immer mehr Zeit eingeräumt werden. Neben der Unterstützung von Kindern aus schwierigen familiären Verhältnissen, der Integration von Migranten und aktuell den zusätzlichen Aufgaben, die durch die Inklusion entstehen, benötigen die Lehrer aus unserer Sicht Unterstützung im Schulalltag.“

Margrit Janßen, die als Vertreterin für die Lehrerschaft im Ausschuss sitzt, konnte diese Eindrücke bestätigen: „Die Arbeit wird für die Lehrer nicht leichter“, berichtete sie. Ihrer Einschätzung nach könnte der Einsatz einer Schulsozialarbeiterin oder eines Schulsozialarbeiters insbesondere im Ortsteil Ahlhorn von großem Vorteil sein.

Uwe Behrens (Kommunale Alternative) bestätigte zwar ebenfalls, dass er die Landesregierung in der Pflicht sehe. Nichtsdestotrotz müsse man aber die Möglichkeit in Betracht ziehen, im Falle einer Absage aus Hannover die Stelle mit eigenen Mitteln zu finanzieren.

Die Fraktionsvorsitzende der FDP, Imke Haake, bezeichnete den Antrag an die Landesregierung als „wichtiges Signal“. Möglicherweise gebe es auch ähnliche Anträge aus anderen Gemeinden, die alle die Botschaft vermittelten, dass auf diesem Gebiet dringend etwas passieren müsse. · **js**

Artikel lizenziert durch © kreiszeitung

Weitere Lizenzierungen exklusiv über <http://www.kreiszeitung.de>